

Gehörlosenbund kritisiert Katastrophenschutz

Berlin/Solingen. Aus Sicht des Deutschen Gehörlosenbundes ist der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik mangelhaft. Daniel Büter, politischer Referent beim Gehörlosenbund, sagte, die Warnsysteme des Katastrophenschutzes würden bei weitem nicht ausreichen, selbst für die allgemeine Bevölkerung nicht, wie *dpa* am Freitag berichtete. Der Bund hatte kurz nach der verheerenden Flutkatastrophe Mitte Juli in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ein Papier veröffentlicht, in dem der Bundesregierung der mangelhafte Katastrophenschutz vorgeworfen wird. Sie verletze Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention. Demnach muss die Bundesrepublik Schutz und Sicherheit von Menschen mit Behinderungen bei Naturkatastrophen gewährleisten.

Das Bundesinnenministerium hatte einen Probealarm im Rahmen eines bundesweiten Warntags im September 2020 als »fehlgeschlagen« bezeichnet. Der diesjährige Warntag war von Ende Juni dieses Jahres auf September 2022 verschoben worden. Dies wurde mit dem Aufbau einer »umfassenden Testlandschaft« durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die das Zusammenwirken von Sirenen, Lautsprecherwagen, Radiodurchsagen und der Warn-App »Nina« erproben sollte. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/411485.gehoerlosenbund-kritisiert-katastrophenschutz.html>